

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 60 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. Dezember d. J. den Hofkanzlisten der königlich ungarischen Hofkanzlei Alexander M é r e y v. K a p o s m é r e zum Hofsekretär extra-statum bei derselben Hofstelle allergnädigst zu ernennen geruht.

Mit Beziehung auf den §. 15 der Annahmmachung vom 8. November d. J. wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Hinausgabe der Staatsschuldverschreibungen des Subskriptionsanlehens von 25 Mill. Gulden am 7. Dezember d. J. beginnen wird.

Wien den 6. Dezember 1864.

Vom k. k. Finanzministerium.

Am 6. Dezember 1864 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXXIX. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 89 den Erlaß der Ministerien der Justiz und des Handels vom 2. Dezember 1864, wodurch auf Grund der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. November 1864 das Institut der Beisitzer aus dem Handelsstande bei den Handelsgerichten und den Handelskammern der Gerichtshöfe erster Instanz gleichmäßig geregelt wird. Wirksam für die Königreiche Böhmen, Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Ansbach und Rastatt und dem Großherzogthum Krain, das lombardisch-venetianische Königreich und Dalmatien, das Erzherzogthum Oesterreich unter und ob der Enns, die Herzogthümer Schlesien, Steiermark, Kärnten, Krain, Salzburg und Bukowina, die Markgrafschaft Mähren, die gefürstete Grafschaft Tirol, das Land Vorarlberg, die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska, die Markgrafschaft Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Bei der für den Monat Oktober 1864 gepflogenen Abrechnung zwischen dem k. k. Alerar und dem krain. Grund-Entlastungs-Fonde stellten sich die Einnahmen, einschließlich eines aus dem Landes-Fonde entnommenen Vorschusses pr. 11.872 fl. 2¹/₂ kr., mit 89.356 fl. 83¹/₂ kr. und die Ausgaben mit 7.624 „ — „

sonach ein Einnahms-Überschuß mit 81.732 fl. 83¹/₂ kr. heraus, wodurch das mit Ende Sept. 1864 verbliebene Alerarialguthaben pr. 32.963 „ 82¹/₂ „ nicht allein gedeckt wurde, sondern sich ein schließliches Fondsguthaben pr. 48.769 fl. 1 kr. ergab.

Vom krainischen Landesauschusse.

Laibach am 2. Dezember 1864.

Laibach, 8. Dezember.

Die sechsblättrige Adreßdebatte im Abgeordnetenhaus ist vorüber und die Wiener Blätter stellen nun „stille Betrachtungen“ über die Bedeutung und den Werth des parlamentarischen Geschehens an. Die „D. D. P.“, eingeweiht in die Vorgänge hinter den Coullissen und zwischen den Bänken des Abgeordnetenhauses, bekennet, daß das Bewußtsein, ein Theil der Schäden liege in einer angeerbten Krankheit, manche

Neben nicht zu jener Schärfe zuspitzen ließ, der kein Ministerium widerstehen kann; bei aller Schonungslosigkeit gegen den Staatsminister ließ man durchschimmern, daß es nicht in der Intention liege, ihn vom Ruder zu drängen. Der „Botsch.“ sagt, daß das Regierungsschiff unverfehrt durch die grossenden Wogen segelte, und setzt hinzu: Wäre es zertrümmert worden, Ihr würdet rathlos am Rande der Debatte stehen und bald von der Fluth das Opfer zurückfordern. Das „Fremdenblatt“ wendet sich gegen diejenigen, welche die große Angelegenheit des Staates in ihrer kleinlichen, gehässigen und subjektiven Manier zu einer Demonstration gegen die Ministerbank, zu einem Durchbruch der Opposition stempeln wollten, während der Berichterstatter des Adreßauschusses selbst feierlich erklärte, daß es keine Adresse der Opposition sei.

Es ist also gewiß, daß eine Ministerkrise, eine Parlamentskrise, eine Verfassungskrise thatsächlich nicht vorhanden waren.

Ueber die nun perfekte Adresse sagt das „Fbtt.“: „Es geht ein ernster und kräftiger Zug durch die Adresse; aber erweckt es nicht Vertrauen zu der Kraft und Befähigung eines Volkes, wenn es mit Männlichkeit und Reife seine Angelegenheiten vertritt? Wächst nicht das Ansehen und die Machtstellung der Krone, wenn man draussen in der Welt erkennt, auf welches Volk sie sich stützen kann? Wir sprechen hier von dem Wortlaut der Adresse und von der Auffassung der Majorität. Was einzelne Redner Ueberschwängliches ausgesprochen und nach subjektiver Weise formulirt haben, ist Privatsache. Darüber ist weder abgesehen worden, noch hat die Majorität in anderer Weise zu erkennen gegeben, daß sie mit diesen Subjektivitäten gemeine Sache macht. Die Adresse, wie sie vorliegt, wird weithin durch Europa tönen und Oesterreich einen Zuwachs an Macht und Kredit verleihen, wodurch es gar wohl in die Lage kommen wird, einen Theil seiner materiellen Macht durch diese moralische zu ersetzen und für seine großen wirtschaftlichen Arbeiten die nöthigen Mittel mit viel geringern Opfern als die bisherige „Kapitalsbeschaffung“ erforderlich machte, heranzuziehen. Wir sind jedoch mit dem Rufe nach „Umkehr“, welchen der Berichterstatter am Schlusse mehr in seiner eigenen Weise, als im Sinne des Ausschusses, den er zu vertreten berufen war, ertönen ließ, nicht einverstanden. Das Wort „Umkehr“ ist nirgends in der Adresse vorhanden, wie denn überhaupt diese keine Auflage formulirte, sondern nur Wünsche aussprach. Ueberhaupt möchten wir die Aufgabe eines Berichterstatters anders definiren, als sie bei der abgelaufenen Adreßdebatte aufgefaßt wurde. Nicht „Umkehr“, sondern rascheren und umfassenderen Fortschritt gilt es bei uns zu predigen.“

Es bestätigt sich, daß eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen über die Kauffahrteiflagge der Herzogthümer zu Stande gekommen ist. Oesterreich hat der preussischen Ansicht zugestimmt, schreibt die „B. Z.“ daß den betreffenden Rhedern einstweilen, nach ihrer freien Wahl und unter den demnächst in Form einer Verordnung kund zu gebenden Bedingungen, der Schutz der österreichischen oder der preussischen Flagge angeboten wurde; Preußen dagegen hat die österreichische Anschauung acceptirt, daß sofort nach der Einföhrung einer provisorischen schleswig-holstein'schen Regierung eine besondere schleswig-holstein'sche Flagge aufzustellen und deren allseitige Anerkennung zu vermitteln sei. Die zunächst theoretische, aber doch vielleicht in mehr als Einer Richtung präjudizirliche Frage, ob die Schleswig-Holsteiner einstweilen als „Unterthanen“ der beiden Großmächte und umgekehrt die Großmächte als deren „Souveräne“ zu betrachten, ist angeregt worden, aber auf sich beruhen geblieben.

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Dezember.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Meserich, Caffer, Plener, Hein, Burger, Frank, Sektionschef Kalchberg.

Nach Mittheilung einiger Emläufe ergreift der Marineminister v. Burger das Wort, um die in einer der früheren Sitzungen an ihn gerichtete Interpellation betreffs des Transportes der mexikanischen Freiwilligen auf dem „Bolivian“ zu beantworten. Die Verschiffung der in Oesterreich angeworbenen mexikanischen Freiwilligen, bemerkt der Minister, geschehe auf Grund einer zu Paris mit der Societé transatlantique abgeschlossenen Konvention. Bevor der Vertrag abgeschlossen wurde, seien die zum Transport bestimmten Schiffe von einer eigenen Kommission, welcher über Aufsuchen der mexikanischen Gesandtschaft ein österreichischer Marineoffizier, ein kaiserlicher Ingenieur, sowie auch ein französischer Kommissär beigegeben worden war, untersucht und es seien hiebei die zum Transport bestimmten Schiffe vollkommen tauglich eingerichtet und räumhaltig befunden worden. Die räumlichen Verhältnisse kämen jenen gleich, welche in dem englischen und französischen Reglement fixirt sind. Was den „Bolivian“ betrifft, so wurde befunden, daß er 1100 bis 1150 Mann einnehmen könne und es wurden 1120 Mann auf demselben eingeschifft. Die Behauptung, daß jenes Schiff überfüllt war, sei daher unbegründet. Bei der Beurtheilung dieses Umstandes biete nicht der Vergleich mit gewöhnlichen Auswandererschiffen, welche Männer und Frauen, Kinder und Greise, Kranke und Gesunde aufnehmen, während ein Kriegstransportschiff für an militärischen Dienst gewohnte Männer bestimmt sei.

Finanzminister v. Plener: Es seien der Regierung Klagen zugekommen, daß große Vorräthe von erzeugtem Zucker wegen Mangel an Absatz erliegen und daß aus dieser Ursache ein schwerer Druck auf der Zuckerindustrie laste. Als ein Mittel zur Erleichterung sei die Ermöglichung eines Exports ins Ausland angeführt worden. Eine der Hauptklagen betreffe die Steuerrückvergütung, bei welcher das zu Grunde gelegte Erzeugungsverhältniß gegenwärtig nicht mehr zutrefte. Die Regierung habe die Klagen um so beachtenswerther gefunden, als es sich um einen Industriezweig handelt, der in volkswirtschaftlicher Beziehung von großer Bedeutung sei und er bringe deshalb in Folge allerhöchster Ermächtigung einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Exportbonifikation für den Rohzucker um den Betrag von 75 kr. für Raffinade um 92 kr. erhöht wird. Diese Erhöhung entspreche der Annahme, daß heuer nicht wie bisher 12¹/₂ Ztr. Rübe, sondern 15¹/₂ Ztr. nothwendig sind, um einen Zentner Rohzucker zu erzeugen. Der Minister macht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes aufmerksam, denn, wenn das Gesetz den beabsichtigten Zweck erreichen soll, müsse es so gleich in Wirksamkeit treten. Der Minister beantragt, daß von den Bestimmungen der Geschäftsordnung Umgang genommen und die Sache mit möglichster Beschleunigung behandelt werde.

Präsident erklärt, daß er die Regierungsvorlage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen werde.

Es wird zur Fortsetzung der Adreßdebatte geschritten.

Alinea 19 spricht aus, daß die Prüfung der Staatsrechnung für 1862 nur durch das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit ihre wahre Bedeutung erlangen könne.

Berichterstatter Dr. G i s l a motivirt den Standpunkt des Ausschusses.

Als Redner für den Entwurf sind eingeschrieben: Demel, Obert.

Abg. Demel spricht über die wiederholt angeregte Frage des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes. Er erwähnt der seiner Zeit von der Regierung in Folge allerh. Ermächtigung abgegebenen Erklärung und der Wandlung, welche die verschiedenen Interpellationen über diesen Gegenstand im Hause erfahren haben. Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz sei eine prinzipielle Nothwendigkeit von dem Standpunkte des Konstitutionalismus und eine spezielle Nothwendigkeit für Oesterreich. Denn Oesterreich bedürfe dieses Gesetzes, damit die Verfassung zur Wahrheit werde, sagt Redner, indem er nachzuweisen sucht, daß das Steuerbewilligungsrecht, welches nach §. 10 der Verfassung dem Hause zusteht, durch den §. 13 paralytirt werde. Man spreche dem Hause das Recht ab, die Verfassung zu interpretiren, wenn ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz in Kraft bestünde, würde man dann einen anderen Weg einschlagen, man würde nicht mehr interpretiren; sondern die Regierung für ihre Interpretation verantwortlich erklären. Dem Hause stehe auch die Kontrolle über die Verwaltung zu, wie könne man aber kontrolliren, wo der zu Kontrollirende sich der Verantwortung entziehen kann. Redner sieht in dem erwähnten Gesetz das einzige Heil für die Durchführung der Verfassung.

Abg. Obert zitiert eine Stelle aus dem Gesetze seines eigenen Vaterlandes (Siebenbürgen), welche die Verantwortlichkeit der Regierung, gegenüber dem Landtage betrifft, und sagt, daß er schon deshalb, weil in seinem Vaterland das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit stets bestand, die seiner Zeit eingebrachte Schindler'sche Interpellation unterstützte. Er könne nicht glauben, daß die Verantwortlichkeit der Regierung der Ausführung der Verfassung hinderlich im Wege stehen könne, vielmehr sei sie für die Reichseinheit Nothwendigkeit. Nur in jenem Lande wird man einem solchen Gesetze keinen Werth beilegen, wo man es bloß für ein Stück Papier hält. Er spricht sich für den Entwurf aus.

Abg. Mühlfeld ist der Ansicht, daß die Verfassung eines ausführlichen Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit sehr schwierig sei, und daß die Anerkennung dieser Schwierigkeit in vielen Staaten, wo das Prinzip anerkannt wurde, doch die Ausführung noch nicht zu Stande kam. Auch in Oesterreich werden sich der Abfassung eines solchen Gesetzes sehr viele Schwierigkeiten entgegenstellen. Es handle sich jetzt aber eben nicht um die Votirung eines solchen Gesetzes, sondern um den Ausdruck des lebhaftesten Wunsches, daß ein ähnliches Gesetz, wie seiner Zeit in dem engeren Reichsrath beantragt, aber wegen Inkompetenz zurückgewiesen wurde, von der Regierung vorgelegt werde. Die Verfassung habe auch in dem Punkte der Ministerverantwortlichkeit eine Lücke. Die Gesetze über Immunität der Abgeordneten, der persönlichen Freiheit, des Hausrechts u. seien in anderen Verfassungen ausgesprochen, in der Verfassung vom 26. Februar fehlen diese und mußten durch eigene Gesetze festgestellt werden. Ebenso sei es nothwendig, daß die Verantwortlichkeit der Regierung durch ein eigenes Gesetz festgestellt werde. Redner erwähnt des Gesetzes vom Jahre 1851, welches die Minister dem Kaiser allein verantwortlich macht, und welches noch in Kraft sei, deshalb schon sei es nothwendig, durch ein eigenes Gesetz das frühere aufzuheben und die Verantwortlichkeit der Volksvertretung gegenüber auszusprechen.

Berichterstatter verzichtet auf das Wort, worauf Alinea 19 mit großer Majorität angenommen wird.

Alinea 20 spricht von den Bedrängnissen, unter welchen die Industrie handelt.

Berichterstatter Dr. Siska betont die Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der volkswirtschaftlichen Angelegenheiten und sagt, es wundere ihn gar nicht, daß der Handelsminister bei der jetzigen Organisation dieses Ministeriums nicht thatkräftig reformirend einschreiten könne.

Zu dieser Alinea sind eingeschrieben: gegen dieselbe: Winterstein, für dieselbe: Skene und Freih. v. Riese.

Abg. Winterstein beklagt sich zuerst darüber, daß die Regierung dem im Vorjahre ausgesprochenen Wunsche nach Vorlegung eines Blaubuches nicht entsprochen habe, weshalb er die volkswirtschaftliche Politik der Regierung nur aus den Erfolgen beurtheilen könne. Auf die deutsche Handelsfrage übergehend, sagt Redner, er könne der Haltung der Regierung seit Abschluß des französisch-preussischen Handelsvertrages, welche in der Circularnote vom 10. Juli 1862 ihren Ausdruck fand, seine Anerkennung nicht versagen. Nach einer herben Kritik der preussischen Haltung in der Handelsfrage, sagt Redner, unsere jetzige Isolirtheit auf dem Gebiete des Handels müsse uns zur Erkenntniß bringen, daß wir eben nur unsere eigenen Interessen im Auge haben sollen und daß unsere Konjumenten und unsere Producenten die einzigen Faktoren sind, welche wir zu berücksichtigen haben. Redner hält es für möglich, durch ein geeignetes Zollsystem dahin gelangen zu

können, daß unsere Nachbarstaaten die Nothwendigkeit fühlten, die Zollverhandlung selbst wieder anzuknüpfen. Die Idee des Abschlusses von Handelsverträgen mit Frankreich und England besprechend, findet Redner, daß für uns dabei wenig Vortheile erwachsen. Unsere Rohprodukte werden stets dort ohne oder mit sehr geringem Zoll Eingang finden, dafür habe die Natur und die Verhältnisse gesorgt; der übrige Export sei aber derart, daß es nicht lohne, Opfer dafür zu bringen, welche doch Frankreich gegenüber gebracht werden müßten. Auch dieser Redner weist auf die Nothwendigkeit eines schöpferischen Handelsministers hin, der Satz von den unerschöpflichen Hilfsquellen Oesterreichs wird so lange Phrase bleiben, als der Mann nicht gefunden wird, der die Schätze zu heben versteht. Er habe sich gegen die Alinea einschreiben lassen, bloß weil er der Ansicht sei, daß diese Alinea, welche den materiellen Nothstand des Reiches bespricht, ihren Platz so weit rückwärts gefunden habe. Er wünscht dieser Alinea einen Platz am Eingange der Adresse. (Heiterkeit.)

Abg. Skene bedauert, daß man den Schwerpunkt des Staates nicht im Inneren, sondern nach Außen suche und daß die Handelspolitik von der äußeren in's Schlepptau genommen werde. Er geht in eine detaillierte Schilderung der Verhältnisse der Bodenkultur und all' der Katastrophen ein, welche die Industrie in jüngster Zeit betroffen, für welche auch er nicht die Regierung allein verantwortlich machen kann.

Abg. Freiherr v. Riese-Stallburg spricht von dem Einflusse der Geldverhältnisse auf die Industrie und die Landwirtschaft. Er verlangt ein Dienstbotengesetz, ein Feldschutz- und ein Waldgesetz und spricht von der Nothwendigkeit einer Donaueregulirung und den Vortheilen, welche aus derselben dem Lande erwachsen werden. Auch ein Frachtransportgesetz sei den Eisenbahnen gegenüber nothwendig, um der willkürlichen Erhöhung der Tariffäge entgegenzutreten. Das Wohl Oesterreichs liege nur in der Hebung der Volkswirtschaft.

Finanzminister Edler v. Plener: In der von dem Abg. Skene gehaltenen Rede kam die Stelle vor, daß es in Oesterreich überhaupt nicht besser werden werde, wenn die Staatsmänner ihre Ueberzeugung nicht höher halten, als das Amt, welches sie einnehmen. Den in diesen Worten liegenden, unwürdigen Vorwurf könne und dürfe das Ministerium nicht auf sich beruhen lassen und weise ihn hiemit entschieden zurück.

Präsident bemerkt, daß während der Rede des Abg. Skene ein solches Geräusch war, daß er und die beiden Herren Vizepräsidenten diesen Ausdruck überhört hätten, sonst würde er sich allerdings veranlaßt gesehen haben, denselben als durchaus unparlamentarisch zu rügen, was er hiemit nachträglich zu thun sich genöthigt sehe.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Verona. Die piemontesische Regierung scheint sich die Aufhebung des Pferde-Ausfuhrverbotes nach Italien eifrig zu Nuzen zu machen, denn seit der Aufhebung jenes Verbotes gehen fortwährend starke Pferde-Transporte über die Grenze. Die Pferde werden in Böhmen, Ungarn und Galizien angekauft und zur Kompletirung der Lücken der piemontesischen Kavallerie und Artilleriebespannung benützt, so daß eine hemmende Verfügung in dieser Richtung sehr angezeigt wäre.

Aus **Novaredo** wird die Verhaftung mehrerer politisch Kompromittirter daselbst gemeldet, darunter eines Dr. B., der als ein Mann von hervorragender Stellung bezeichnet wird.

Krakau, 4. Dezember. Kürzlich sind zwei große Hochverrathsprozesse abgeschlossen worden. Hauptperson des einen war der Krakauer revolutionäre Stadtchef und Organisator der (zur Insurgirung des Landes bestimmten) Nationalwache, der etwas über 20 Jahre alte Student Stepanoski; derselbe wurde zu 18 Jahren schweren Kerkers, zwei seiner Komplizen (wegen Mithuld am Hochverrath) Kubala und Mysziginski zu je 5 Jahren schweren Kerkers verurtheilt, ein dritter (Volucki) ab instantia losgesprochen, ein vierter (Truszkowski) schuldlos erklärt. In dem zweiten Hochverrathsprozesse wurde der revolutionäre Krakauer Polizeikommissär Trzaskowski, absolvirter Techniker, zu 12 Jahren schweren Kerker, Berthet reeto Sindlinski (für welchen sich sogar die französische Gesandtschaft verwendet hatte) zu 6 Jahren schweren Kerker, Maciejowski zu 5 Jahren, Baron Domherr wegen Störung der öffentlichen Ruhe zu einem Monat Kerker verurtheilt. Wegen des gleichen Verbrechens wurde zu gleicher Strafe ein gewisser Baum verurtheilt, derselbe scheint eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich und namentlich Gründe zu haben, mit der russischen Polizei nicht in Kollision zu kommen. Auf Grund seiner Angaben über die Generalien mußten Auskünfte in Warschau erbeten

werden, die erhaltenen Mittheilungen ließen entnehmen, daß dieselben falsch waren, ein Individuum Namens Baum sei nicht bekannt, man vermüthe einen ganz anderen stark kompromittirten Verbrecher in demselben und ersuche deshalb um Einsendung seiner Photographie. Diesem Verlangen konnte jedoch nicht entsprochen werden, da besagter Baum sich standhaft weigert, sein Antlitz dieser Prozedur auszusetzen.

Ausland.

Frankfurt a. M., 4. Dezember. Das kaiserliche Kabinet in Wien hat sich über seine Intentionen rücksichtlich der Lösung der Erbfolgefrage in den Elberzogthümern in ausführlicher Weise den Mittheilungen gegenüber ausgesprochen. Die diesfälligen Erklärungen sind in einem Circulare enthalten, welches an die Vertreter Oesterreichs an den deutschen Höfen gerichtet ist. Die Erbfolgefrage soll sofort in Angriff genommen und dem Bunde sein berechtigter Einfluß ohne Widerspruch gewahrt werden. Preußen hat beigeistimmt und so ist, Dank der Initiative der ersten deutschen Großmacht, mit Zuversicht zu erwarten, daß die Herzogthümerfrage binnen Kurzem eine den Rechten und Interessen des Bundes entsprechende Erledigung finden werde.

Was die Beziehungen des neuen Staates zu Preußen betrifft, so ist es gewiß, daß dieselben nichts gegen das Bundesrecht werden enthalten können. Auch das hat man Oesterreich zu danken, welches wieder als wahre Großmacht gehandelt, nichts überstürzt, und doch das Ziel unverrückbar im Auge gehalten hat.

Dresden, 6. Dezember. Die sächsische Regierung hat in Folge des gestern vom Bundestage gefaßten Beschlusses die einberufenen Beurlaubten entlassen und heute eine Ordre zur Räumung an den holstein'schen Kommissär v. Köneritz und den General Hake abgesendet.

Kassel, 5. Dezember. In einer Extra-Sitzung des Stadtrathes und Bürgerausschusses wurde einstimmig eine Zustimmung- und Dankadresse an die Stände beschlossen. Der Schluß der Adresse lautet:

„Fast ist die Hoffnung besserer Zustände geschwunden; fast vertraut niemand mehr der Heilung aus innerer Kraft und eigenen Mitteln. Wir halten den Gedanken fest, daß es den Ständen gelingen werde, verfassungsmäßig das Recht und die Wohlfahrt des Vaterlandes zu schützen.“

Kiel, 6. Dezember. Eine heute veröffentlichte und allen Behörden zugesandte Bekanntmachung des Oberbefehlshabers der allirten Armee besagt: durch Art. 3 des Friedensvertrages sei der einstweilige Besitzstand in Holstein und Lauenburg auf die österreichisch-preussischen Majestäten übergegangen, welche denselben bereits angetreten haben. Gleichzeitig habe die Bundesexekution ihr Ende erreicht und die bisher von den Zivilkommissären geführte Oberverwaltung beider Herzogthümer aufgehört, sowie auch die sächsischen und hannoverschen Truppen das Land verlassen werden, welches fortan ausschließlich von österreichisch-preussischen Truppen besetzt bleiben wird.

Beide Regierungen haben beschlossen, die Oberverwaltung der drei Herzogthümer einstweilen in der Hand ihrer bisherigen Zivilkommissäre zu vereinigen und dadurch einen den Interessen der Herzogthümer entsprechenden provisorischen Zustand herbeizuführen, auf dessen Beendigung durch eine zu beschleunigende Entscheidung über die Zukunft der Herzogthümer unter Berücksichtigung aller wohlbegründeten Rechte und Ansprüche sie bedacht sein werden.

Turin, 5. Dezember. Im Senate sagt der Minister des Innern: Die Konvention werde die fremde Intervention aufhören machen. Italien habe ein Interesse daran, jede fremde Aggression, welche der weltlichen Macht zu Hilfe kommen wollte, zurückzuweisen. Wenn irgendeine Bewegung auf päpstlichem Gebiete ausbrechen würde, übernehme Italien keine Verpflichtung zur Unterdrückung derselben; die einzige Verpflichtung, welche Italien auf sich nehme, sei die, den Papst weder anzugreifen, noch ihn anzugreifen zu lassen.

Turin, 6. Dezember. Im Senat unterstützt General Cialdini die Verlegung der Hauptstadt mit strategischen Erwägungen. Er sagt, daß zwischen Italien und Oesterreich keine Transaktion möglich sei. Die Uebergänge über die Apenninen seien wahrhafte Thermopylen. Die Rede Cialdini's wurde mit Beifall aufgenommen. Pallavicino bekämpft die Konvention, will nach Rom gehen und wegen Venedigs Krieg führen. Graf Revel tadelt die Konvention aus anderen Gründen und glaubt, daß die Unabhängigkeit der weltlichen Macht des Papstes nothwendig sei. Lamarmora billigte die Erwägungen Cialdini's.

Turin, 6. Dezember. (Pr.) Tiefen Eindruck machte die Rede Durando's im Senate über Ursprung und Bedeutung der Konvention. Cavour entwickelte den Gedanken zuerst auf Basis des Grundgesetzes von der freien Kirche im freien Staate. Seine Verhandlung mit Rom scheiterte, er verhandelte demnach mit Frankreich auf Grund des Nichteinmischungsprin-

zips. Der Urheber des Konventions-Gedankens sei jedoch eine hohe französische Persönlichkeit (Prinz Napoleon). Durando las einen Brief desselben vom 21. April 1861, dessen Hauptstellen wörtlich mit der Konvention stimmen. Der wahre Sinn des Ganzen aber sei: der Papst regiert zu Rom. Der König verwalte zu Florenz. Durando wird als künftiger Minister-Präsident bezeichnet.

Paris. Nach dem „Mem. dipl.“ hätte Graf Rechberg dem Lord Clarendon, als dieser Eröffnungen in Betreff Venetiens zu machen versuchte, zur Antwort gegeben: „Wenn England Irland vollständig emancipirt haben wird, werden wir ihm das Recht zuerkennen, uns Rathschläge bezüglich Venetiens zu geben.“ Bis dahin aber, Mylord, müssen Sie der Erste sein, der die Einsicht hat, das es verlorene Mühe sein würde, über unmögliche Eventualitäten zu diskutiren.

Kopenhagen, 6. Dezember. In der gestrigen Abend Sitzung des Folksting siegte das Ministerium gegen Monrads Vorschlag. Hansens Vorschlag auf Verhandlung der Verfassungsordnung zwischen König und Reichstag allein wurde verworfen; der Gesamtvorschlag in dritter Lesung mit 58 gegen 27 Stimmen angenommen.

Im Laufe der Debatte bemerkte der Finanzminister, die bevorstehende Armeereduktion umfasse 140 Offiziere; bedeutende Reduktionen in anderen Branchen würden folgen.

Aus **St. Petersburg** geht dem „Votsh.“ das folgende vom 17./29. November datirte Schreiben zu:

„In der deutsch-dänischen Streitsache hat Rußland einen Beweis von Gerechtigkeit und Uneigennützigkeit gegeben, welcher in Deutschland nicht genug anerkannt zu werden scheint. Der Kaiser übertrug seine Rechte auf Antheile an Schleswig-Holstein dem Großherzoge von Oldenburg, um die schleswig-holsteinische Frage zu einer rein deutschen zu machen, die von den deutschen Staaten en famille zu ordnen ist. Das weitere zu thun, ist nun Sache des Bundes, in dessen Entscheidungen sich keine fremde Macht mehr einmischen kann. Rußland hat durch dieses Opfer bewiesen, wie viel ihm an der Freundschaft Deutschlands gelegen ist. Gewiß tragen die Familienverbindungen mit fast allen Höfen des protestantischen Deutschlands dazu bei, daß es uns natürliche Politik ist, die deutschen Interessen zu fördern. Unsere Theilnahme gilt dabei Deutschland als einem Ganzen; dieses ist es, dessen Freundschaft wir suchen. Die Einheit der Deutschen unter sich liegt in unserem Interesse. Daß zur Verstärkung dieser Einheit der deutsche Bund zu reformiren ist, versteht sich wohl von selbst. Diese Reform aber muß, wie es uns scheint, vom Bunde selbst ausgehen. Die Reform muß von oben herunter bewerkstelligt werden, wie bei uns in diesem Augenblicke. Können die Deutschen zu ihren Fürsten nicht das Vertrauen haben, welches wir zu Alexander II. haben? Wir gehen mit raschen Schritten vorwärts. Sonderbar ist die Zahl II im Namen großer reformirender Herrscher: Friedrich II., Josef II., Alexander II.“

Unsere Regierung wird bei der Aufhebung der polnischen Klöster nicht stehen bleiben. Sie waren die Herde des Aufstandes gewesen. Das Klostervermögen, welches revolutionären Zwecken gewidmet worden war, kommt nun dem Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten zu Gute. Mönche und Nonnen erhalten Pensionen. Aber man wird sich um einen Schritt weiter von Rom emancipiren, worüber Sie in nicht langer Zeit öffentliche Nachrichten erhalten werden. Die katholische Kirche in Polen kann sehr gut durch eine Synode geleitet werden, gerade wie die russische.“

St. Petersburg, 6. Dezember. Ein kais. Ukas vom 2. d. M. übermittelt dem Senate zur Promulgation die sanktionirte allgemeine Gerichtsorganisation, das Strafgesetzbuch, den Zivilproceßcode, endlich die Kriminalprocedur für die Friedensrichter.

Aus **Belgrad, 30. November**, schreibt man der „D. D. P.“: Ich beileide mich, Ihnen eine sehr wichtige Nachricht mitzutheilen, deren Wahrheit ich Ihnen verbürge. Am 22. November ist in Albanien, und zwar im Nischauer Paschalik, im Kreis Kurschurli, ein Aufstand ausgebrochen, dessen Tragweite vor der Hand noch nicht zu bemessen ist. An der Spitze der Bewegung figurirt ein noch ganz unbekannter Name, nämlich ein Spahija (Gutsbesitzer), Wikmet genannt. Um diesen neuen Helden sind bis jetzt bereits 600 Anrunder versammelt, welche nicht eher die Waffen niederlegen zu wollen erklären, bis ihnen die Cerealiensteuer (bisher 10, von nun an 15 Prozent in natura) erlassen sein wird. Auf die erste Kunde von dieser Erhebung eilte Mitahat-Pascha, der neue Gouverneur der europäischen Türkei (da man jetzt das ganze Reich in drei und die europäische Türkei in eine Provinz eingetheilt hat), in Begleitung eines Regiments Infanterie, 200 Mann Kavallerie mit 2 Kanonen nach dem Schauplatz des Aufruhrs — und augen-

blicklich ist das Resultat des wahrscheinlich vorgestern gelieferten Gefechtes noch unbekannt.

— 5. Dezember. Eine mir eben zugehende Nachricht berichtet von der Beilegung des Aufstandes in Albanien, indem der Anführer sammt sechs anderen Rädelshäuptern sich dem Pascha freiwillig ergeben haben. Zu einem Blutvergießen ist es nicht gekommen.

Der Fürst von **Montenegro** scheint ernstlich an die Zivilisirung seiner Unterthanen zu denken. In dem Kloster von Cetinje werden 24 Jünglinge auf Unkosten des Fürsten verpflegt und unterrichtet. Zu diesem Zwecke hat dieses zwei Lehrer aus Dalmatien engagirt, welche den Unterricht besorgen. Auch hat er eine Art Normalschule mit vier Klassen für Knaben gestiftet. Im nächsten Schuljahre sollen zwei Lehrkurse errichtet werden, in denen junge Leute, die sich der Seelsorge widmen wollen, den nothwendigsten theologischen Unterricht erhalten werden. Auch läßt der Fürst eine politisch-literarische Zeitung gründen, welche in Cetinje in illyrischer Sprache erscheinen wird. Zu diesem Behufe hat er den dalmatinischen Publizisten Sundecic nach Cetinje berufen und ihm den Auftrag gegeben, die alte Druckerei, welche Peter II. im Kloster von Cetinje gestiftet hatte, wieder in Stand zu setzen. So scheint er wirklich gesonnen zu sein, das Werk der Zivilisirung, welches Peter I. und Peter II. begonnen hatten und das an dem wilden Sinn des Volkes scheiterte, fortzusetzen. Dazu wäre dem Lande aber ein längerer Friede nothwendig. — Die verwitwete Fürstin Darinka, die sich mit so vielen Unkosten in Cetinje einen Palast hat bauen und einrichten lassen, ist über Corfu nach Frankreich abgereist und wird den Winter in Paris zubringen, wo sie bei Hofe immer mit Auszeichnung behandelt wird und ihr Bruder beim Ministerium des Aeußern angestellt ist. Politische Zwecke dürften dieser Reise nicht fremd sein, den mit solchen beschäftigt sich die Fürstin sehr gern.

Der Korrespondent der „Times“ in **Mexiko**, der bekanntlich die Aussichten für das junge Kaiserthum bisher pessimistisch schilderte, hat sich jetzt (ddto. 29. Oktober) zur entgegengekehrten Ansicht bekehrt; nach dem glänzenden Empfang, welchen der Kaiser überall im Innern gefunden habe, wäre es absurd zu bestreiten, daß die große Masse des mexikanischen Volkes für die neue Ordnung der Dinge ist. . . . „Was aus Suarez geworden ist“, schreibt er, „scheint Niemand zu wissen, noch sich darum zu kümmern. Gleich allen mexikanischen Berühmtheiten hat er seine kleine Bahn durchlaufen, und man wird schwerlich mehr von ihm hören. . . . Der Kaiser war auf seiner Fahrt durch das Binnenland sehr erkrankt über den Mangel an Verkehr zwischen den verschiedenen Theilen seines weiten Reiches; er hat überall Reparatur der Straßen befohlen, und sobald der Regen aufhört, soll eine Fahrstraße zwischen Queretaro und Tampico eröffnet werden, wozu er selbst die große Summe von 60.000 Thalern gezeichnet hat. Senor Luis Robles (ein Bruder des von Suarez so grausam gemordeten Mannes) hat die Konzession für eine Eisenbahn zwischen Guanajuato und Queretaro erhalten; das Kapital beträgt 5 Millionen Thaler in Aktien zu 150 D. Drei Gesellschaften, darunter eine mexikanische, wollen eine Dampfschiffahrt von Acapulco nach Guaymas einrichten, mit Stationen in allen Häfen des Stillen Meeres. Aber, was noch erstaunlicher ist, eine Nationalbank mit einem Kapital von 20 Millionen Thalern tritt so eben in's Leben; die eine Hälfte des Kapitals soll hier, die andere in Europa aufgebracht werden. Das Projekt wird dem Kaiser in wenigen Tagen vorgelegt. Alles das zeugt wohl für Vertrauen in den jetzigen Stand der Dinge.“

New-York, 26. November. General Sherman rückt in zwei Kolonnen gegen Augusta vor. Macon wurde verwüstet. Beauregard zeigt in einer Proklamation an, er eile nach Georgia, um Hilfe zu bringen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 9. Dezember.

Heute Abend gibt die philharmonische Gesellschaft im Redoutensaal ein öffentliches, auch für Nichtmitglieder zugängliches Concert zum Besten ihres Fonds. Zur Aufführung kommt „Antigone“ nach dem Griechischen des Sophokles mit einem leitenden Gedichte von Christian Raffner. Es ist eines der großartigsten und berühmtesten Tonwerke des unsterblichen Meisters Mendelssohn-Bartholdy, das hier noch nicht gehört wurde und das alle wahren Musikfreunde im hohen Grade fesseln muß. Wir glauben daher, daß das Concert ungemein zahlreich besucht und das Bestreben der philharmonischen Gesellschaft, dem Publikum durch Vorführen des Besten und Größten in der Tonkunst unvergängliche Genüsse zu verschaffen, anerkannt werden wird. — Morgen Abend hat das verdienstvolle Mitglied unserer Bühne, Herr Blumachner, sein

Benefiz. Gegeben wird ein von ihm selbst verfaßtes Stück: „Die Reise mit der Zither“, das allenthalben, wo es zur Aufführung kam, Beifall fand. Wir glauben, daran wird es hier auch nicht fehlen, und wird derselbe von einem vollen Hause gespendet werden, was wir dem Benefizianten von Herzen wünschen wollen.

— Der fürstlich Windischgrätz'sche Forstmeister in Haasberg, Herr Redange, hat von Sr. Maj. dem Kaiser für das ausgezeichnete Arrangement der letzten Varenjagd eine werthvolle Busennadel erhalten.

— Wie der „Osserv. triest.“ meldet, sind die Dampfer, welche die Freiwilligen nach Mexiko befördern, durch eine unlängst erlassene allerb. Entschlieung zu Kriegstransportschiffen erklärt und als solche von der Entrichtung der Tonnengebühren in allen österr. Häfen befreit worden.

— Ein trauriger Selbstmordfall ereignete sich beim Grazer k. l. Strafgerichte. Der Kaufmann F. N. wegen bedeutenden Wechselbetrügereien zur Einvernehmung vorgeladen, zögerte nicht, sogleich ein umfassendes Geständniß abzulegen; — im Momente der Beendigung des Protokolls aber fuhr derselbe mit beiden Händen zum Kopfe und zerschmetterte sich mit zwei Kugeln aus verborgen gehaltenen Sackpistolen das Haupt.

— Die Grazer „Z. P.“ schreibt: Der Bildhauer Hanns Gaher, dessen geschicktem Meißel das hier zu errichtende Schiller-Denkmal anvertraut wurde, hat sich dahin ausgesprochen, daß die feinen Linien in der Physiognomie des edlen Dichters, wie sie so geistreich von Danneker erfaßt wurden, in der spröden Masse des Metalls nicht vollkommen wiederzugeben sind. Zudem oxidire das Metall, und die grüne Farbe, mit welcher sich dasselbe bald umziehe, würde in der grünen Umgebung der Schilleranlagen kein günstiges Bild geben. Das Schiller-Comité hat nun, dem Vornehmen nach, beschlossen, daß die Schiller-Büste aus Cararamarmor gemeißelt werde, während die Verbindung der Büste mit dem Sockel aus Metall gegossen wird. Für den Sockel, dessen Fertigung dem hiesigen Atelier des Hrn. Eduard Grein übergeben ist, wurde von Hanns Gaher ein grauer Marmor gewählt, wozu der Block in nächster Zeit in Kärnten gebrochen werden wird.

Wiener Nachrichten.

Wien, 8. Dezember.

Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl haben dem vom Medizinalrath Dr. v. Biszanik gegründeten Unterstüßungsvereine für geheilte Irre 50 fl. zum Ankaufe von Effekten als Gewinnstgegenstände zur bevorstehenden Lotterie, — Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht prachtvolle Effekten im Werthe von einigen hundert Gulden gespendet.

— Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Joseph haben dem Wiener Wohlthätigkeitsvereine zur Unterstüßung von Hausarmen den Betrag von vierhundert Gulden für den Monat Dezember und zum Ankaufe von Brennholz zwanzig Gulden gnädigst gespendet.

— Die Schlusssteinlegung des Rudolfsbospitals wird am 12. l. M., nächsten Montag, in feierlicher Weise stattfinden. Wie wir hören, werden diesem Akte sowohl Se. Maj. der Kaiser, als Ihre Maj. die Kaiserin, nebst der kais. Hoheit dem Kronprinzen Rudolf und Ihre kais. Hoheit die Prinzessin Gisella beizuwohnen.

— Der zur Berichterstattung über die Rogawski'sche Angelegenheit eingesetzte Ausschuß entschied mit 6 gegen 3 Stimmen auf die Erlösung des Mandates des Abgeordneten Rogawski. Dr. Berger legte in Folge dieses Beschlusses die Berichterstattung für diese Angelegenheit nieder.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 7. Dezember. Die Stadt ist weithin geschmückt, sämtliche Häuser sind decorirt, besonders reich unter den Linden. Die Gewerke mit Emblemen durchziehen die Stadt, das Geschäftsleben stockt, die wogende Menschenmasse geht freudig erregt zum Einzuge der Truppen. Die Vorbereitungen zur Illumination sind glänzend.

Um 11 Uhr Vormittags stieg der König zu Pferde und besichtigte die Truppen, die ihn mit nicht-endenwollendem Hurrahrufen begrüßten. Der Einzug der Truppen erfolgte durch das Brandenburger Thor. Der Oberbürgermeister sprach im Namen der Stadt zum Prinzen Friedrich Karl und General Manstein einige Willkommensworte, erinnernd an die Worte Friedrich Wilhelms III.: „Was Preußen erworben, es ist Deutschland gewonnen!“ Die Herzogthümer seien nun dann dauernd, sicher und zu rechtem Gewinne für Deutschland erworben, wenn und so weit Preußens Macht und Wehr sie schirmend umfängt, Preußens strenge Zucht, Ordnung und staatenbildende

